

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag von Georg von S. Neuenbürg (Jahresz. 2. 2020). Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Franz W. Neuenbürg.

№ 124

Neuenbürg, Donnerstag den 2. Juni 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 1. Juni. Abg. Siller (W.) hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Das Landesfinanzamt hat in einer Reihe von Städten einen sogenannten „Bauhof“ eingerichtet, durch den landwirtschaftliche Arbeiten für die Kleinkultivierenden und andere finanziellen Behörden in eigener Regie ausgeführt werden. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese Stellen, die eine schwere Konkurrenz für die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe bedeuten, so bald wie möglich wieder aufgehoben werden?

Berlin, 1. Juni. Die deutsche Industrie sieht Mathenays Ernennung zum Kaufmann als einen Misgriff an. Die Industriellen betrachten ihn als einen Vertreter der sozialistischen Ideen, wenn sie ihn auch nur als Salonsozialisten werten. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß sich auch innerhalb der demokratischen Partei, zu der Mathenau offiziell gehört, diese Einflüsse gegen ihn geltend machen werden. Auch der „Rechtsabund“ schreibt in ähnlichem Sinne, daß er jeden Versuch von Mathenau feierlich mit Wiffel und Wölkendorf verurteilt. Man wünscht, daß die Tat umzukehren, auf das entscheidende bekämpft werde.

Berlin, 1. Juni. Nach dem Tauschschadensgesetz sind in Berlin 16.000 Schäden angemeldet. Bisher wurden 12 Mill. Entschädigungen gezahlt.

Berlin, 1. Juni. Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht: „Sind dem Herrn Reichsbürger die Vorgänge in Oberschlesien bekannt? Welche Maßnahmen sind getroffen zum Schutz von Personen und Eigentum der Bewohner Oberschlesiens? Welche Maßnahmen sind getroffen, um eine baldige Entscheidung gemäß dem Friedensvertrag und dem Abstimmungsresultat herbeizuführen?“

Ernährungsfragen im Finanzanschluß.

Stuttgart, 31. Mai. Der Finanzanschluß behandelte in seiner heutigen Sitzung eine Reihe von Anträgen, die bei der letzten Staatsberatung an den Ausschuss zurückverwiesen worden waren. Sie betrafen die Ernährungsfragen. Zur Ernährungsfrage verlangte ein Antrag des Bauernbundes vollständige Freigabe der Getreidebewirtschaftung und des Getreideverkehrs. Ein Antrag des Zentrums ging dahin, unter der Voraussetzung, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide bei der Reichsregierung zu beantragen. Wenn dies nicht möglich sei, so solle Vorworte getroffen werden, daß bei der Umlage die kleinen Landwirte nicht belastet und die großen nicht mehr als acht Hektar pro Hektar abzugeben haben. Der Ernährungsminister wies darauf hin, daß die Landesregierung über die Getreidebewirtschaftung beraten habe und der Reichstag in aller nächster Zeit darüber beschluß zu fassen habe. Man müsse noch abwarten. Darauf wurde die Beschlußfassung vertagt. Zur Fleischversorgung lag ein Antrag des Finanzanschusses von der Staatsberatung her vor, der dahin ging, die Regierung zu veranlassen, sie möge die Fleischversorgung und den Viehverkehr freisetzen unter Verbotung der Grenzsperrung. Der Bauernbund beantragte völlige Freiheit unter Aufhebung der Grenzsperrung, ebenso Aufhebung der Landesversorgungsstelle. Das Zentrum wünschte in einem Antrag, daß die württembergische Regierung in Verbindung mit Bayern die Aufhebung der bisherigen demnächst Bestimmungen in die Wege leiten solle. Der Antrag des Bauernbundes und des Zentrums wurde nicht angenommen. Dann lag noch ein Antrag Wides-Hofmann (D.) vor, betreffend die Kontrolle über die Verwendung der Gelder der Landesversorgungsstelle. Er verlangte, daß die übrigen Gelder für die Gemeinden des Landes verwendet werden sollen als Ersatz für die Verluste, die bei der Lebensmittelversorgung erlitten haben. Von der Regierung wurde geltend gemacht, daß der Antrag eigentlich ein Mißtrauensvotum gegen die bisherigen Maßnahmen der Regierung sei. Darauf wurde der Antrag abgelehnt.

Die Finanzen des Reichs.

Die Einnahmen des Reichs aus Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren betragen im zweiten Drittel des Monats Mai 1920/21 im ersten Drittel 1708,10 Mill. M.; die Ausgaben beliefen sich in der gleichen Zeit auf 1728,56 Millionen Mark (204,27 Mill. Mark). Darunter befinden sich Abfertigungen der Betriebsverwaltungen in Höhe von 18,648 Mill. Mark (im ersten Drittel Aufschlag von 69,2 Mill. M.); und zwar hat die Reichspost und Telegraphenverwaltung 8,4 Mill. Mark zur Abfertigung gebracht, während die Reichs-Kommunikationsverwaltung noch einen Aufschlag von 65,857 Mill. M. im 1. Drittel 1921 M. erforderlich. — Zum Ausgleich der bei der Aufnahme neuer schwelender Schulden im Betrag von 1164 Mill. M. (1921) erforderlich. Die schwelende Schulden beliefen sich insgesamt auf 175.041,85 Mill. Mark.

1 bis 1,5 Milliarden neue Steuern.

Wie wir erfahren, sind dem neuen Wiederaufbauminister Mathenau vom Reichskabinett eine Anzahl diktatorischer Vollmachten für die Zentralisierung der deutschen Leistungen an der Grenze erteilt worden. Die zur Ausführung des Ultimatums notwendige gewordenen neuen Steuern des Reichs werden in den Fraktionskammern am Dienstag früh allgemein 1 bis 1,5 Milliarden Mark angegeben.

Aus Oberschlesien.

Das immer weitere Eintreffen englischer Truppen ruft in der Bevölkerung ein großes Nervosität hervor. Es wird wahrscheinlich, daß bereits am Donnerstag die gesamten Oberschlesien bestimmten englischen Truppen in Oppeln einmarschieren. In der interalliierten Kommission glaubt man, daß innerhalb etwa in 8 bis 10 Tagen der polnische Aufstand beendet sein dürfte.

Ausland.

Wien, 1. Juni. Der Führer der bayerischen Arbeiterbewegung, Prof. Dr. Eberich, wird am 15. Juni hier einreisen und auf dem Berg Isar eine Ansprache an die Deutschen halten.

Paris, 1. Juni. Nach der „Chicago Tribune“ haben die Erben der bei der Torpedierung der „Lusitania“ ums Leben gekommenen Personen beschließen, die Bundesregierung zu veranlassen, daß sie in Berlin Schritte unternehme, um die Begleichung der Schadenssumme zu erreichen, die sich auf mehrere Millionen Dollars beläuft. Die Interessenten verlangen für ihre Forderungen die Priorität und den Verkauf der noch in Sequester stehenden deutschen Schiffe in den Vereinigten Staaten.

London, 1. Juni. Der letzte Vorschlag der englischen Regierung zielt auf eine Einberufung des Obersten Rates nach Brüssel hin. Auf der Tagesordnung steht hauptsächlich Oberschlesien. Auch die Regierungsbildung von Ungarn dürfte voranschreitlich besprochen werden. Die Vereinigten Staaten und Japan werden vertreten sein. — Die britische Regierung hat das französische Angebot, einen Teil der britischen Truppen im Rheinland zu befehlen, abgelehnt. Im Laufe der ersten Juliwochen werden noch neue britische Streitkräfte nach dem Festland abgehen um die englische Rheinarmee zu ergänzen, nachdem diese Truppen für Oberschlesien abgehen.

Washington, 1. Juni. An das amerikanische Staatsdepartement ging das Ersuchen, es möchten sich auch amerikanische Truppen an der Besetzung Oberschlesiens beteiligen, da hierdurch mehr Aussicht bestünde, die Unruhen zu erstickern. Die amerikanische Regierung lehnte es jedoch ab, Streitkräfte nach Oberschlesien zu senden, befürwortet aber den möglichst schnellen Zusammenritt des Obersten Rates, um die endgültige Entscheidung in bezug auf Oberschlesien herbeizuführen.

Die Ueberwachung Deutschlands Lebensabgabe.

Paris, 1. Juni. Ueber die Frage der Wiederaufnahme normaler Beziehungen des deutschen Volkes mit den anderen Völkern hat Briand kürz vor Schluß der Debatte im Senat sich noch ausgesprochen. Auf die Gefahr hin, einen Eintrittsstadium im Senat zu entfallen, sagte er, daß das deutsche Volk ein großes Volk sei, welches über ungeheure Eigenschaften verfüge. Jeder sei es durch seine Kultur in den Jahren vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren zu dem Glauben geführt worden, daß es die anderen Völker überbieten müsse. Durch die Ereignisse sei das deutsche Volk inwischen über seine wahre Lage aufgeklärt und dahin gebracht worden, wo es normalerweise stehen müsse. Es habe heute, daß es die Welt Herrschaft nicht erstreben dürfe. Wenn das deutsche Volk seine Verpflichtungen erfüllt, dann würde es auch wieder die normalen Beziehungen mit den anderen Völkern aufnehmen können. Wenn jedoch in Deutschland gewisse Kräfte am Werk blieben, wenn dem deutschen Volke Waffen blieben, wenn es Kriegsmaterial in seinen Häusern heften könnte, wenn vor allem eine gewisse Menge, auf die Lasten des Vorkriegsbestandes von Waffen und Kriegsmaterial geblieben, heimlich eine Uebertragung in Deutschland bliebe, dann würde das neue demokratische Deutschland nicht zur Durchbildung gelangen können, dann würden alle, welche das demokratische Deutschland vorbereiten, gestürzt. Wenn die Alliierten in der Frage der Abrüstung nachgeben, dann wird eines Tages jene bewußte Regierung offen das Ruder ergreifen. Dann sei auch zu befürchten, daß die Alliierten nicht begabt würden und diese Regierung sagen würde: „Da kommt doch zu uns und halt euch eure Millionen.“ Unser Land, so erklärte Briand, hat zu viel geopfert, als daß es ein neues demütigendes Experiment wagen dürfte. Die französische Regierung halte es für eine Lebensfrage Frankreichs, Deutschland darauf zu überwachen, auf daß eine derartige Gefahr niemals wieder greifbare Gestalt annehme.

Wir sind im Gegensatz zu Herrn Briand der Ansicht, daß der Schluß der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den Völkern nicht bei Deutschland, sondern bei Frankreich liegt. Sein Militarismus und Imperialismus allein ist schuld, daß bisher die ruhige Entwicklung in Europa noch nicht wieder eingeleitet ist.

31 „Kriegsverbrecher“-Prozesse auf Wunsch Belgiens.

Nach dem Brüsseler „Soir“ teilte der belgische Justizminister dem Justizanschuss der Kammer mit, daß Belgien von Deutschland die Aburteilung von insgesamt 31 deutschen Kriegsverbrechern verlangt habe. Darunter seien die Urheber der verbrecherischen Zerkörung von Stadt und Universität Löwen.

Die Vollmacht des englischen Oberkommandierenden.

Amsterdam, 1. Juni. Im Unterhaus teilte der Kriegsminister dem „Rotterdam Courant“ mit, daß England zwei Divisionen für Oberschlesien bereitgestellt habe. Auf eine Anfrage Denderbion, wie weit die Vollmacht des Generals Denderbion gehe, antwortete der Minister Churchill: Bis zur Befreiung der von den Infiltranten besetzten Gebiete.

Frankreichs Antwort an England.

Paris, 1. Juni. Die französische Antwortnote auf die Note der englischen Regierung über Entsendung einer Sachverständigenkommission nach Oberschlesien und Einberufung des Obersten Rates erklärt unter anderem, daß die französische Regierung mit Vergnügen feststelle, daß auch die englische Regierung die Entsendung von Sachverständigen endlich angenommen habe. Die französische Regierung wünscht, daß die Einberufung des Obersten Rates verjüngt werde, besonders im Hinblick darauf, daß der französische Ministerpräsident Briand infolge der Debatten im Senat für die nächsten Tage nicht abkömmlich sei. Die französische Regierung legt ferner der englischen Regierung nahe:

1. eine gemeinsame Aktion in Berlin und Warschau zu unternehmen, damit sowohl von Berlin wie auch von Warschau wirksame Maßnahmen zur Befreiung der Vanden in Oberschlesien ergriffen und durchgeführt werden.
2. Dem alliierten Ausschuss in Oberschlesien Anweisung erteilen zu lassen, eine Proklamation an die Bevölkerung zu richten, in der erneut der Wille der alliierten Regierungen durchaus bekräftigt wird, die ober-schlesische Frage zurechtend dem Friedensvertrage in gerechter Weise zu lösen.
3. Die Einberufung des Obersten Rates aufzuschieben, bis die Sachverständigen ihre Berichte an den Obersten Rat haben gelangen lassen. Der Oberste Rat soll dann in aller Eile seine Beschlüsse fassen.

Ein derartiger, in Uebereinstimmung durchgeführter Befehl würde wohl auch von den beteiligten Parteien Polen und Deutschland günstiger und ruhiger aufgenommen werden, als ein Entschluß, der in aller Eile gefaßt worden sei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 1. Juni. Gemeinderats-Sitzung am 31. Mai. Die hauptamtliche Anstellung des Stadtbauamts wird vorerst zurückgestellt.

Für den Stadt-Doppelwohnhausbau auf dem Wartenplatz werden zu Angebotspreisen vergeben: Die Arbeiterarbeit an Ernst Weisinger hier, die Schreinerarbeit an die Schreinermeister Herzbach, Keel und Kauth hier nach deren Vereinbarung, die Glaserarbeit an Karl Krauß hier, die Schlofferarbeit an die Schloffermeister Hinkelbeiner, Böhm und Fuchselöder hier gemeinschaftlich, die Schmelzarbeit an die Schmiedmeister Krauß und Gensch hier gemeinschaftlich, die Malerarbeiten an Hermann Fischer hier, Malerarbeiten an die Malermeister Binder und Mann hier.

Es wird darüber gesagt, daß bei dem Sandtgraben auf der großen Wiese nicht ordentlich gearbeitet werde, und es wird deshalb beschlossen, das weitere Ausgraben durch die Beteiligten zu untersagen, bei ferneren dringenden Bedarf an Sand das Ausgraben durch die Stadt im Markt vorzunehmen zu lassen und den Bauinspektoren den ausgegrabenen Sand um den seitherigen Preis mit einem Zuschlag für das Ausgraben anzuweisen.

Die weitere Kiesabfuhr vom sogenannten Baumgarten wird verboten. Der weitere Bedarf an Kies hat, kann sich an das Stadtbauamt zur Anweisung an einer anderen Stelle wenden.

Auf den Antrag des Ortschulrats werden zur Ausführung der teilweisen Lehr- und Vermittelschule nach dem Vorschlag des Rektorats der Volksschule für das Schuljahr 1921 weitere Mittel in Höhe von 3000 M. bewilligt.

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden, daß der Abteilungsunterricht an Klasse I künftig wegfällt, an den Klassen II, III und VII aber im seitherigen Umfang bleibt. Die nötigen Mittel hierfür werden für den Fall zur Verfügung gestellt, daß bei der Renovation der Pfahlschuldenzettel für die Lehrer besondere Bezahlung geboten ist. Der Lehrerrat hat sich gegen die Verwendung des Erdgeschloßes im alten Schulhaus für die Arbeitsschule ausgesprochen. Der Ortschulrat bringt seine Resorption dem Gemeinderat zur Kenntnis. Da der Gewerbelehrer das Lokal für seine Zwecke als nicht geeignet bezeichnet hat, kann der Gemeinderat die Einweisung des Lehrerrats nicht berücksichtigen und beschließt, der Arbeitsschule das Lokal für so lange zuzuwenden, bis die Verhältnisse eine andere Lösung möglich machen.

Von der Stadtsynode wird das Ergebnis der von dem Vorstehenden mit den städt. Grundbesitzern getroffenen Verhandlungen wegen Erhöhung der Pachtgelder vortragen. Dasselbe wird vom Gemeinderat genehmigt.

Am Schluß wurden noch Rechnungsarbeiten erledigt.

Neuenbürg, 2. Juni. Wir möchten nicht veräumen nochmals die Lutterkassette aller Naturfreunde auf den am nächsten Sonntag stattfindenden Ausflug des Schwarzwaldvereins zu lenken. Die ganze Zusammenstellung der Tour gibt Gewähr für eine anregende und gesunde Sonntagswanderung. Entlang dem Höhenrücken geht über Waldrennen, Langenbrand, Schönberg und von da auf gut markierten Waldwegen über Jähen abwärts durch Schwemmbach nach Ditzau, der Berle des Ragoldtals. Dortselbst Besichtigung des Klosters und der Anlagen, vor allen Dingen aber wird hier für das Leibes Training gefordert werden. In gemäßigtem Sonntagsmorgenshageltempo geht dann das Ragoldtal abwärts vorbei am Weiler Grummühl nach Liebenzell, um dort zuerst die herrlichen Anlagen zu bewundern und dann im Laub bei Sang und Spiel den Abgang des Tages zu erwarten. Die älteren Semester benötigen denselben dann bis nach Hause, während diejenigen, die nie genug bekommen können, in Ditzau aussteigen, am über den Berg entlang dem Wionerweg, so gegen 19 Uhr abends wieder in Neuenbürg einzutreffen. Das unterwegs Gelegene gegeben ist zum Danken, sei mir nebenbei bemerkt, Besuche also niemand die Anmeldung bis Freitag abend im „Enztäler“ oder im Elektrischen Berl. Telefon 45. Jeder der Sinn und Liebe hat für unsern Schwarzwald, ist willkommen.

Waldenbach, 2. Juni. Vom Wetter begünstigt, fand heute die feierliche Beerdigung unseres Gedenkreises für die auf dem Felde der Ehre gefallenen Krieger statt. Viele Besucher von nah und fern waren erschienen, um der Feiern anzuhören. Schon tags zuvor waren ein Teil der Einwohner damit beschäftigt, Ehrenforten zu errichten und sowohl den Stein als auch das ihm umschließende Gärtnchen würdig zu schmücken. Dieses Bestreben ist ihnen voll und ganz gelungen. 4 Lämchen umschlossen das Gärtnchen, zahlreiche Girlanden und Kränze, aus welchen hunte Kränzen hervorgehoben waren angebracht. Besonders glücklich war die Wahl der Blumen, die das Gärtnchen schmückten, jedoch das Ganze ein Voradies im Kleinen darstellte. Der Stein selbst ist Wälderarbeit und wurde in der Werkstätte des Herrn Goldberger in Neuenbürg angefertigt. Der eigentliche Stein ruht auf einem pyramidenförmig aufgebauten Sockel, dessen oberer Quader folgende Aufschrift trägt: „Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennung, den künftigen Geschlechtern zur Nachweisung.“ Die Spitze des Steines ist abgerundet, ein in den Stein eingebautes Kreuz umschließt ein eisernes Kreuz. Auf der Vorderseite ist eine schwarze Glastafel eingelassen, auf welcher die Namen der 4 Gefallenen stehen, während auf den beiden Seitentafeln diejenigen Namen eingegraben sind, welche aus unserer Gemeinde an dem Feldzug teilgenommen haben. So stellt der Stein ein würdiges Gedenkmahl für unsere Gefallenen und einen schönen Schmuck unseres Ortes dar. Um 9 Uhr begann die Feier mit 2 Chorälen der Musikkapelle Oberriedenbach-Oberollbach. Ein Bericht des Reichs-Beauftragten die erschienenen Gäste im Namen der niedrigen Gemeinde. Darauf folgte ein Gedicht, vorgelesen

Freiwill. Feuerwehren Neuenbürg.
Nebung der ganzen Korps am Sonntag, 5. Juni, morgen 7 Uhr. Nur dringende Gesellen als Entschuldigung, entschuldigtes Fehlen nach hoher Ordnungsstrafe abgem. Im Interesse der Sache künftige regere Beteiligung den Neuenbürgern nachdrücklich gelegt werden. Präzise erscheinen.
Das Kommando
Berlora
am 31. Mai, vormittag bei der Ortskrankenkasse in der Bildhauerstraße
Schiffel, u. a. 3
Schiffel enthaltend.
Um Abgabe in der Enzthal Weichkäse wird geb.
Herrenalb.
Für sofort wird eine
Kaffeebohnen
bei hohem Lohn gesel.
Zeugnisse erwünscht.
Kaffeehaus
Herrenalb.
Gesucht für Richte
zwei Servierfräule
und
zwei Zimmermädchen
Hotel Falkenberg
Schönberg.
Eine Saaltöchter
ein Zimmermädchen
und
ein Hausmädchen
gesucht.
Schwarzwalddamm, Schönberg (Station Höfen).
Christlich gesinnte
Mädchen
oder Frau.
die einem kleinen
selbstständig vorstehen
sofort gesucht. Gehalt
übereinkunft.
F. Wolfshaus, Fischer
Fischmarkt 6. u. 6. S.
Galmbach.
Rödin gesund
Solches, festes Mädchen
welches im Kochen, Waschen
hülfreich durchaus erfa
in guter Einweisung
geschult.
Frau Habelant
Engen Speidel,
Hörzheim, Friedenstr.
Fgelsloch.
Eine schwarze
Kalb
Kuh
samt Raib
zu verkaufen
Johann S. Burkhard
n = Fahrplan
zu n. wichtige Aufsch
ern und Vorkarberg.
Kraftwagenlinien
nehmen.
1921.
Buchhandlung.

ten erscheinen, so trauer
kann diese Volkstracht
nicht kaufen.
Der Reichsbürgerrat
änderung der neuen
gefeuert sind, dem Reich
unterbreitet, in dem
der Fahrpreise für
rat bitter, in Erwägung
der 2., 3. und 4. Klasse
Lebensjahr freie Fahrt
die Fahrt zum halben
Forderung wird damit
bige Erholung der
ung der Personentaxe
Der Direktor des
hielt gelegentlich des
eine Rede, in der er
über die Zwangsmaß
del und im Wegger
man jetzt auf den Kopf
Reich im Jahresrück
das Doppelte. Die
wiederkommen; immer
herer Kreisverkehrs
bei Kindvieh seit
bei den Schweinen
geheißt, daß die
fahrten. Vom 1. Juni
in Fahrpreisermäßigun
bedehrenden Zwecken
von Ferienkolonien
Benützung der 4. Klasse
Klasse gewährt.
Schwindler in Ober
sammele bei den
irtschaft und kafferte
auf dem Lande jeder
Unternehmen einen
hohe Kriminalpolizei
erichte.

Verkehr.

einige Creditba
b, mitgeteilt.) Vor
185, London 24 1/2, K
Italien 332, Tendenz:
richt vom 1. Juni. —
Anto-Gesellschaft, Fil
W.) Die hiesige Börse
tina. Von Brauereire
94). Etwas stabiler
denen Baumwollspinn
ollindustrie wurden 5
angeboten konnten, wo
25 Bros. (- 5 Bros.), K
) und Kammergarn
) umgekehrt wurden. K
rten Devisen Notieren
ans 302 Bros. (> 1
Heidelberg 1 Bros. (1
185), Laupheimer Ber
heim 5 Bros. (385, St
H.). Stuttgarter Bader
richt 5 Bros. (303 bez.)
Bros. (400 G.). Auch
der. Göttinger - 7
) Im Freiwirtschaft
120 gefr. Deutsche
Konjunktur Element a
O. Glasindustrie
hart gesucht, Brauerei

Gerichte.

Schwurgericht verhand
neur des „Sozialdemokr
v. J. einen Artikel
er aufgenommen hatte,
ben, aktiv eingreifen,
ußland zu führen, die
ung durch die deutsche
ad Schreiner als Verfä
Rechtfertigung, so daß

blung sich rasch abwickelte. Das Gericht verurteilte
wegen Aufforderung zum Ungehorsam zu 3 Monaten,
zu 2 Monaten Gefängnis, nachdem die Geschworenen
Schuldfrage im Sinne der Anklage bejaht hatten.
München, 1. Juni. Der englische Botschafter hat in
Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten — Dr. von
Krogh — kurzzeit zur Kauf des Schiffes „Bayern“ nach
den Erklärungen abgegeben: Ich bin beauftragt, kategorisch
zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vor
genommen werden kann, wenn von Bayern die im Ultimatum
enthaltenen Bedingungen restlos erfüllt werden. Die Be
dingungen enthalten die Forderung sowohl der Entwaflnung
als der Auflösung der Einwohnerwehr. — Der fran
zösische Gesandte hatte bereits am Montag eine ähnliche
Erklärung abgegeben.
Gießen, 1. Juni. Der Kongress des Verbands deut
scher Bergarbeiter lehnte heute den kommunistischen Antrag
Anschluß an die Moskauer Internationale mit über
wältigender Mehrheit ab. 200 Delegierten sprachen sich für
Verbleiben beim Amsterdamer Gewerkschaftsbund aus,
100 für Moskau.
Mülheim, 1. Juni. Von der hiesigen Befehlshaber
wurden folgende Zeitungen auf 8 Tage verboten: Das
„Echo vom Niederrhein“ in Duisburg, die „Volkszeitung
Koblenz“, das „Mülheimer Tageblatt“, die „Hamborner
Morgenzeitung“. Das „Echo vom Niederrhein“ verjagt
den Titel „Rheinische Westfälische Mittagspost“ ig
zu erscheinen. Auch diese Ausgabe wurde von der Be
fehlshaber verboten. Die Pressezensur hat mit außerordentlicher
Schnelligkeit eingegriffen.
Leipzig, 1. Juni. Das Reichsgericht hat die Revision
Angeklagten Prinz gegen das Urteil des Landgerichts
zu rückgewiesen. Prinz war wegen Urkundenfälschung
zu Verurteilung des Oberbürgermeisters Scheidemann zu
3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er ein
Scheidemann gefälscht hatte, wonach Scheidemann eine Beloh
nung von 50000 M für die Ermordung Liebknechts und
Lugenburgs ausgeübt haben sollte.
Potsdam, 1. Juni. Hier wurde der Justizsekretär und
Kriminalkommissar a. D. Oppermann von der Kriminalpolizei
verhaftet, weil er versuchte, Freiwillige für Oberschlesien an
zuwerben. Es ist gegen ihn ein Strafverfahren anhängig ge
worden.
Berlin, 2. Juni. Wie die Blätter hören, hat der
Wiederaufbauminister Dr. Rathenau den sozialdemokratischen
Kandidatenabgeordneten Silberstein zum Bauarbeitervor
stand für gewählt, zur Wahrnehmung der gewerkschaft
lichen Arbeiterinteressen in das Wiederaufbauministerium ein
zuführen.
Wien, 1. Juni. Die österreichische Regierung ist zu
rückgetreten, da sie die Verantwortung für weitere Volksab
stimmungen über den Anschluß ans Reich nicht tragen
kann.
Paris, 1. Juni. Die Reparationskommission hat den
Entwurf der deutschen Note vom 2. Mai betreffend das
Verbleiben der oberösterreichischen Kohle infolge des Aufstandes
in der Steiermark, mit dem Bemerkten, daß sie die Wichtigkeit der
Sache würdige und sich mit der oberösterreichischen Plebisziti
umskommission darüber in Verbindung setzen würde.
Paris, 1. Juni. Der „Temps“ meldet: Briand hat
den französischen Sachverständigen nach Boulogne geladen,
an den Beratungen der Alliierten tatächlich teilzunehmen.
Die französischen Sachverständigen haben in einem Gutachten
ihre Stellungnahme begründet, die bekanntlich gegen eine
Wiederaufhebung der früheren Sanktionen ist. Die Sitzung
des Obersten Rats in Boulogne wird zum mindesten nicht
vor dem 10. Juni stattfinden können.
Paris, 1. Juni. In der gestrigen Nachtigung der Kam
mer hat Finanzminister Doumer auf Anfrage erklärt, die
Mittel für die Mobilisierung der Jahressklasse 1919 seien
ausreichend.
Paris, 1. Juni. Der Nationalkongress der französischen
Gewerkschafter hat mit 8000 Stimmen Mehrheit den Anschluß
an die Moskauer Internationale abgelehnt; für Moskau
waren 46000 Stimmen.
Kopenhagen, 31. Mai. Beim englischen General
inspektors in Kopenhagen ist heute aus London die Meldung
eingetroffen, daß Waren, die nach England eingeführt werden
müssen, dem 27. Mai keiner Ursprungszeugnisse mehr bedürfen.
London, 1. Juni. 33 Syndikate, die 1 1/2 Millionen
Arbeiter vertreten, protestieren gegen die Herabsetzung
der Löhne, die für den 16. Juni angekündigt ist. Eine
Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern
ist vorbereitet. — Heute am 61. Tage des Bergarbeiter
streiks ist es noch zu keiner Regelung gekommen. Die Re
gierung hat einen Erlass veröffentlicht, wonach die Behörden
für Elektrizität und Wasserwerke, sowie andere Werke
den Beschlag belegen und Lebensmittel- und Kohlenvorräte
requisieren können.
Dublin, 1. Juni. In den Grafschaften Cork und
Wick in Dublin und Londonderry sind seit 48 Stunden
eine schwere Kämpfe zwischen den Sinnfeinern und eng
lischen Truppen im Gange. Die vor Dublin liegenden eng
lischen Kriegsschiffe haben ihre Geschützstände auf das
Zentrum der Stadt gerichtet, das im Falle weiterer Angriffe
Sinnfeiner auf englische Polizisten beschossen werden soll.
„Daily Chronicle“ meldet, daß die Regierung beschlossen
hat, die Proklamierung des Standrechts über den ganzen
Irland von Irland zu verhängen. — Durch die Explosion
einer Mine wurden in Youghal (Grafschaft Cork) 26 Sol
daten getötet und 21 verwundet. Das Unglück wird auf
einen Anschlag irischer Rebellen zurückgeführt, die eine Platter
ne unter eine Abteilung des Hampshire-Regiments, die
mit einer Musikkapelle ausmarschierte, elektrisch zur Entzün
dung brachte.
London, 2. Juni. Im Unterhaus fragte gestern ein
Abgeordneter, ob sich die Regierung dessen bewusst sei, daß
in 20000 Menschen zählende jüdische Bevölkerung Ober-

schlesien, die einen großen Teil der industriellen Bevölke
rung bilden, zu Gunsten eines Verbleibens bei Deutschland
gestimmt habe, da sie wisse, daß ihre Wohlfahrt mit Deutsch
land zusammenhänge und ob diese Tatsache in Betracht ge
zogen werden würde. — Hornsworth erwiderte, die Ent
scheidung werde in Uebereinstimmung mit dem Vertrag von
Versailles erfolgen, der keinerlei Unterschied zwischen den
verschiedenen Parteien, Rassen oder Religionen vorsehe.
Newyork, 1. Juni. In Aberdeen (Maryland) ist eine
Bombe explodiert, die gerade auf einem Flugzeug angebracht
werden sollte. 2 Personen wurden getötet und 3 verletzt. —
In Tulsa (Oklahoma) sind bei Zusammenstößen zwischen
Weiß und Neger 15 Personen getötet worden.
Franzosentheater in Mainz.
Unter Absperrungen großen Stills und stundenlanger
Unterbrechung des öffentlichen Verkehrs, wie wir es in letz
terer Zeit bei Besuchen hoher deutscher Persönlichkeiten nicht
kannten, ist am Dienstag der französische Kriegsminister Mar
thou in Mainz auf einer Inspektionsreise ins Rheinland ein
getroffen. Die ganze Garnison war auf den Beinen und
besetzte vor Ort. Sogar die Briefkastenabteilung hatte
ihre Koffer auf dem Paradeplatz bei der Stadthalle aufgestellt.
Es wurde Salut geschossen und großer militärischer Prunk
mit Tribünen im Paradeplatz entfaltet. Alles natürlich auf
deutsche Kosten.
Kom Leipziger „Kriegsverbrecher“-Prozess.
Leipzig, 1. Juni. Im Prozess Neumann beantragte der
Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe
von insgesamt einem Jahr 6 Monaten.
Der zweite Verteidiger, Justizrat Kurjessen, lasste alle
Milderungsgründe in sämtlichen dem Angeklagten zur Last
gelegten Fällen zusammen und bat um mildeste Verurteilung.
Das deutsche Volk halle sich unter Kriegsverbrechern etwas
anderes vor, als was man in diesem Saal gebört habe. Wenn
man die Kriegsverbrecher unserer ehemaligen Feinde in die
Bastille werfe, so schnelle sie hoch empor zu Gunsten des
Angeklagten. Der Angeklagte Neumann, der bisher zuver
lässig aufgetreten war, schluchzt und bat um Freisprechung
oder Verurteilung zu einer Strafe, die durch die Untersuchungs
behörden verhängt sei. Hierauf wird um 4 Uhr 45 die Verhandlung
geschlossen. Das Urteil soll Donnerstag mittags 12 Uhr ver
hängt werden. Die Verteidiger und General v. Franke reden
dem Angeklagten beruhigend zu. Das Publikum entfernt sich
unter dem Eindruck der letzten Szene nur langsam aus dem
Gerichtssaal.
Das Programm der neuen Reichsregierung.
Berlin, 1. Juni. In der heute Nachmittag um 4 Uhr be
gonnenen Sitzung des Reichstags gab Reichskanzler Dr. Brüning
das erwartete Regierungsprogramm bekannt, das er in drei
Worten zusammenfaßte: Verkündigung, Wiederaufbau, Ver
söhnung. Durch die Annahme des Ultimatums sei eine Art
Schicksal über die bisherige Entwicklung gekommen. Es
stehe und lasse die ersten Schritte schon abgelesen; sie
seien eingehalten worden. In der Entwaffnungsfrage hätten
wir uns den Bestimmungen des Ultimatums gefügt. Der
Kanzler zählte sodann auf, was in Erfüllung der letzteren
geschehen sei. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren werde
von den Landesregierungen angeordnet. Die bayerische Re
gierung habe inzwischen die bekannte Erklärung abgegeben.
In der Frage der Auflösung der Organisation glaube diese,
daß nach erfolgter Waffenabgabe die bayerische Einwohner
wehr nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedens
vertrags falle, aber das Ultimatum ermögliche es der Reichs
regierung nicht, die Einwohnerwehr von der Liste der auszu
lösenden Organisationen auszunehmen. Wir hätten diesen
Eingriff in unser Bundesrecht unter dem Druck der Alliierten
vorgenommen. Die sich aus der Annahme des Ultimatums
ergebenden wirtschaftlichen Aufgaben gliederte er in das finan
zielle und das Wirtschaftsprogramm, sowie die sozial-ethische
Aufgabe. Ein fortgeschrittenes und genauer Zahlungsplan müsse
aufgestellt und dem Garantienkomitee vorgelegt werden. Am
die Annuitäten zu bedenken, müßten wir bestimmte Sicherungen
bestimmen, die für Reparationszwecke zur Verfügung stehen.
Wir müßten sehen, die Reparationssummen als jährliche
Ausgaben aufzubringen. Dazu müsse ein Weg gefunden
werden, der die Differenzierung zwischen Grund- und Indu
striebeholden gestatte. Es gelte auch die sonstigen Steuern aus
zubauen, z. B. die Vermögens- und die Durchführungs- der
verabschiedeten Steuern sicherzustellen. Der Reichskanzler stellte
dann in großen Umrissen ein Finanzprogramm auf und sagte,
eine gewisse Reserve liege noch in der Reichsfinanz hinsichtlich
der Bekämpfung weiterer Vermögensschädigungen. Mehrere Ge
setzentwürfe seien in Vorbereitung, wobei das Prämienwe
sen, die Biersteuer, die Beteiligung der bei der Tabak
steuer bestehenden Vergünstigungen eine Rolle spielen. Ferner
die Erhöhung der Zuckersteuer einschließlich der Süßholzwasser,
bei der die Frage eines Raffinerie-Monopols entschieden werden
müsse. In einer Konferenz der Landesfinanzminister sei
darüber beraten worden, wie die Erträge des Grund- und
Waldes steuerlich zu erfassen seien. Neben der unvermeidlichen
Belastung des Verbrauchs müßten weitere Einnahmemeasures
gefunden werden. Er denke in erster Linie an den von der
Geldentwertung weniger betroffenen Besitz an sachlichen Werten,
die sogenannten Goldwerte. Sodann müsse die Aufschwün
gung des Reichs rasch abgehandelt werden. Erst später könne
das große Problem der Währungsfrage in Angriff genommen
werden. Im engsten Zusammenhang mit dem Finanzpro
gramm stehe das Wirtschaftsprogramm, das der Kanzler näher
erläuterte und in die Worte zusammenfaßte: Wir müssen
unsere Volkswirtschaft einrichten auf höchste Produktion und
nationalwirtschaftliche Sparsamkeit. Zu dem Wirtschaftspro
gramm gehöre auch der Ausbau der Handelsflotte und der
Kanäle, sowie die produktive Beschäftigung der Erwerbslosen,
ferner die Förderung des Siedelungswesens. Das Programm
der Regierung könne aber nur gelöst werden, wenn die richtige
sozial-ethische Einstellung der deutschen Volksseele gewonnen
werde. Das sei ein Problem des stillen Wiederaufbaus der
Nation. Dazu sei notwendig, daß in allen Kreisen des Volkes
der soziale friedfertige Geist Platz greife. Der Reichskanzler
ging dann in längeren Ausführungen auf die oberösterreichische
Frage ein und verlangte, daß dieses alte deutsche Land dem
verblühte der durch Geiseln und Leistungen Anspruch darauf
habe. Zum Schluß stellte er fest, daß das demokratische
Deutschland durch die Annahme des Ultimatums eine unge
heure Last auf sich genommen habe und daß es von den
Alliierten erwarte, daß sie ihm in ritterlicher Weise begegneten.
Er rufe alle Volksgenossen ohne Unterschied der Partei auf,
an der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen mitzu
arbeiten. — 16 Uhr war die Sitzung zu Ende. Für die
morgen Nachmittag 1 Uhr beginnende Sitzung wurde folgende
Tagesordnung festgesetzt: Interpellation der Deutsch-Ratio
nalen und Demokraten betreffend Oberschlesien, Verbilligung
für die Erwerbslosen und Befreiung der Regierungserklärung
in Verbindung mit Amnestie, Sondergerichten u. a.

Kriegsgefangene fern der Heimat.

Berlin, 31. Mai. Die Antwort des Auswärtigen Amtes
auf eine Anfrage ergibt, daß sich in Rußland noch etwa 3600
bis 4000 deutsche Kriegsgefangene befinden. Auf Sibirien ent
fallen etwa 300, die auf Heimführung nicht verzichten. Etwa
100 sind in Südsibirien, die auf vom Völkerverbund gestellten
Dampfern heimgeschifft werden und bis zum Herbst sämtlich

abtransportiert sein sollen. An 3000 sind in der Ukraine, die
ebenfalls in der nächsten Zeit heimgeführt werden. Frank
reich hält in Albanien noch 130 deutsche Kriegsgefangene zurück,
die Strafen zu verbüßen haben. Alle Schritte wegen Heim
führung blieben erfolglos. Die französische Regierung hat
schonlich 14 bayerische Angehörige unter den Gefangenen ent
lassen.
Aus Oberschlesien.
Breslau, 1. Juni. General Höfer hat auf die Forderung
einer Deputation der interalliierten Kommission den deutschen
Selbstschutz zurückzugeben, u. a. geantwortet: Die deutsche
Revolutionsarmee mußte zur Selbstverteidigung handeln, da die
Machtmittel der interalliierten Kommission zu ihrem wirk
samen Schutz nicht ausreichten. Der Selbstschutz tritt für den
Rechtszustand ein, für dessen Wiederherstellung, die restlose
Verbreitung der polnischen Aufständischen vom oberösterreichischen
Boden Bedingung ist. Die Forderung, den Selbstschutz aus
seiner jetzigen Stellung zurückzugeben, bevor der Rechtszustand
in Oberschlesien durchgeführt ist, ist undurchführbar. Es stellt
den in berechtigter Notwehr handelnden Selbstschutz den poln
nischen Insurgenten gleich. Eine solche Gleichstellung mit
Ienen, die den Rechtszustand in frecher Weise brachen und
Erd und Rot über unsere oberösterreichische Heimat brachten,
wird von der deutschgesinnten Bevölkerung Oberschlesiens mit
tiefer Entrüstung abgelehnt. Der geschäftsführende Ausschuß
der deutschen politischen Zeitung hat beim General Verond die
Antwort des General Höfer in dringenden Darlegungen unter
stützt.
Oppeln, 1. Juni. Dem Inspektionsrat der deutschen Gar
nison gab General Verond die Erklärung ab, daß die Inter
alliierte Kommission den deutschen Selbstschutz nicht als Insur
gententruppe betrachte.
Die Angriffsfähigkeit der Polen hat sich auf der ganzen
Linie weiter verstärkt. Bei Rosenberg wurden aktive Sapper
Soldaten gefangen genommen. Nach ihren Aussagen sind das
15. und 27. polnische Infanterieregiment in die dortige Front
eingegliedert. Nach weiteren Aussagen soll sich auch das 80.
Regiment dort befinden. In Bialystok haben neue Truppen
abteilungen von über die Grenze gekommenen Polen statt
gefunden.
Wie die Blätter hören, sind weitere englische Truppen
formationen auf dem Wege nach Oberschlesien. Die Gesamt
transporte werden am 5. Juni zum Abschluß gelangt sein.
Oppeln, 2. Juni. Ein englisches Bataillon ist gestern in
die Stadt Groß-Strehlitz eingedrungen ohne auf Widerstand zu
stoßen. Der geschäftsführende Ausschuß der deutschen politi
schen Parteien begab sich gestern zum General Verond, um
nachmals die Stellungnahme der deutschgesinnten Bevölkerung
von Oberschlesien zu der Forderung der interalliierten Kom
mission auf Zurückziehung des Selbstschutzes darzulegen. In
den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg hat sich die Erregung
der dortigen Bevölkerung außerordentlich gesteigert, da die
polnischen Aufständischen, obgleich sie Verhaftungen an Men
schen und Material erlitten haben, sich in diesem Gebiet nicht
sicher fühlen und man mehr die deutschgesinnte Bevölkerung auf
schlimme Brandstiftungen und Mordhandeln. Aus Stadt- und
Landkreis Rosenberg sind zahlreiche Meldungen über Mörder
einfälle von Gefangenen, Gutshäusern und Wohnungen einge
laufen. Auch sind erneut deutschgesinnte Oberschlesier in die
sem Gebiet mihandelt und verschleppt worden. In den übrigen
Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert. Der Ort
Fischerei, nördlich von Kofel gelegen, mußte unter dem Druck
der polnischen Aufständischen von den deutschen Verteidigern ge
räumt werden.
Entente-Zwangsmaßnahmen gegen Oesterreich.
Paris, 31. Mai. Der Korrespondent des „Globe“ glaubt
zu wissen, daß die Entente bei Fortsetzung der Anschluß
bewegung eine militärische Besetzung von ganz Oesterreich beab
sichtigt. Italien würde Tirol und Salzburg, Jugoslawien
würde Kärnten und Steiermark und die Tschechoslowakei das
übrige Oesterreich besetzen. Auch der Newyork Herald weiß
aus die möglichen Folgen der Anschlußbewegung hin. Italien
würde Vindobona und Jugoslawien würde aus neue die Wert der
Dran als Grenze annehmen. Auch andere Zwangsmaßnahmen
würden zu erwarten, insbesondere die Verweigerung von Kredi
ten.
Belgische Lügen.
Brüssel, 1. Juni. Die Nation Belgie meldet, daß in einem
Keller in Frankfurt a. M. 400 Luftschiffmotoren gefunden wor
den seien. Sie gibt im Hinblick auf diese Meldung einen
Ueberblick über verschiedene ins Leben gerufene Organisationen,
die Deutschland angeblich zur Weltumrundung der durch den
Versailler Vertrag geforderten Entwaflnung geschaffen habe.
Das Reich habe nur nominell die zugekauften 100 000 Mann
unter Waffen. Tatsächlich bestünde es zwanzigmal soviel. Die
Kontrolle der Entwaflnung müsse weit intensiver durchgeführt
und ein besonderes Augenmerk auf die Herstellung von Luft
fahrzeuge gerichtet werden. Es dürfe nicht wieder vorkommen,
daß wie nach der Schlacht von Jena man das deutsche Meer
zu gering einschätze. Deutschland hat gerade in den letzten
Tagen zahlreiche Beweise dafür geliefert, daß es den besten
Willen hat, abzurufen. Derartige in keiner Weise bestätigte
Ueberberichte unserer ehemaligen Feinde beweisen, daß man
den belgischen Volk eine Ansicht von Deutschlands Gefähr
lichkeit suggerieren will, um die Neutralität der Rettung
Deutschland gegenüber ungehindert fortsetzen zu können.
Aus dem französischen Senat.
Paris, 1. Juni. Im Senat brachte Dery eine Resolution
ein, wonach der Senat verlangen soll, daß die Londoner Be
schlüsse die gemeinsam mit der Reparation gefaßt worden seien,
dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für auswärtige Ange
legenheiten mitgeteilt werden sollen, damit diese Ausschüsse
untersuchen, ob die erwähnten Entscheidungen eine Änderung
des Vertrags bedeuteten und der Genehmigung des Parla
ments bedürfe. Ministerpräsident Briand sagte, 135 Milliar
den Goldmark seien 270 Milliarden Franken und das sei
immerhin eine schöne Summe Geldes. Durch den Vertrag
werde bestimmt, daß Deutschland alles bezahlen müsse. Da
es dies aber nicht könne, so habe man einen Teil seiner Schuld
erlassen. Die Reparationskommission habe ihre Arbeiten in
voller Unabhängigkeit vollendet und Deutschland das Ergebnis
mitgeteilt. Deutschland habe angenommen. Die Regierung
stehe unabweislich der Vertrauensfrage, lehne aber den Antrag
Dery ab. Die Resolution Dery wurde hierauf mit 200 gegen
8 Stimmen abgelehnt.
Amerika und der Friede.
Paris, 1. Juni. „Newyork Herald“ will aus guter Quelle
aus Newyork erfahren haben, daß Staatssekretär Hughes
und Danbelsiertrier Doover sich bemüht hätten, den Friedensver
trag zu einem für den Ausschuss des Senats für auswärtige
Angelegenheiten annehmbareren Dokument umzugestalten. Das
Unternehmen jedoch als unmöglich ausgefallen hätten. Beide
erklärten sich jetzt für einen Vertrag, der die amerikanische
Rechte durch besondere Klauseln schütze. Diese bestimmen, daß
Deutschland den Vereinigten Staaten das Recht zurkennt, in
der Frage der Abgeltung der deutschen Kolonien mitzureden
und bei der Verteilung der ehemaligen deutschen Kolonien mitzureden.
Endlich soll Deutschland durch eine dritte Klausel die
Hilfsleistung der Beschlagnahme der deutschen Güter in den
Vereinigten Staaten anerkennen.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

Es wird

verboten

- 1) die weitere Abfuhr von Kies aus dem sogen. Baumgarten bei der Mühle.
2) das fernere Ausgraben von Sand auf der großen Wiese.
Baulustige, welche noch Bedarf an Kies oder Sand haben, wollen sich an das Stadtbauamt wenden.

Stadtschultheißenamt: Knobel.

Holz-Versteigerung.

Das Forstamt Mittelberg in Ettlingen versteigert Mittwoch, den 8. Juni ds. J., vorm. 9 Uhr, in der Mühle in Marzell aus den Domänenwaldstücken I, II, IV, VI und VII 121 Ster auch zu Brennholz geeignetes Fischengerholz, 33 Ster Schindelholz, Spaltstämme I u. II, 3 II, 1 IV, Klasse, sowie 35 Sole Schlagraum.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 5. Juni 1921, nachm. 2 1/2 Uhr, in Schwann, Gasthaus zum „Waldhorn“.

Tages-Ordnung:

- 1. Genehmigung der Rechnung für 1920. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts für 1920. Genehmigung des Voranschlags für 1921.
2. Vortrag von Landesökonomierat Dr. Weiß, Stuttgart, über neuzeitliche Ackerwirtschaft.
3. Vortrag von Landw.-Insp. Paalß-Calm über das landw. Unterrichtswesen.
4. Sonstiges.

Mitglieder und Freunde der Landwirtschaft werden zu recht zahlreichem Besuch der Versammlung eingeladen.

Vereinsvorstand Rübler.

Landw. Bezirks-Verein.

An Kunstdünger kann an die Landw. Ortsvereine abgegeben werden:

- Schwefelsaurer Ammoniak, lose, Rainit, fein gemahlen, lose, Thomasmehl in 2 Ztr. Zuteufäden.

Zur Abgabe ist das Lagerhaus am Samstag, den 4. Juni, vormittags, offen.

Erich Weiß.

Neuenbürg, den 1. Juni.

Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche wir bei dem Verluste unserer treubeforgten Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Katharine Kallfass

erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wildbrensch, den 2. Juni 1921.

Dankagung.

Für die wohlwollenden Beweise inniger Teilnahme, die schönen Blumenspenden, den erhebenden Gesang und die zahlreiche Leichenbegleitung, die wir bei dem schweren Verluste meiner lb. guten Frau und Mutter erfahren durften, sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen: Friedrich Lötterle mit Kindern Oscar und Selma.

Neuenbürg.

Bringe am Samstag Mittag um 3 Uhr zur Versteigerung:

- 2 vollkündige Betten (Hartholz), Bettlade, 2 Nachttische, dazu ein Glasfassen, 1 Glasfass, 4 Stühle, 1 Bank mit Strohgeflecht, 1 ältere Kommode, verschiedenes Glas, Porzellangeschirr und Tafeln.

Leopold Koch im „Palmenhof.“

Antliche Kurse

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like Kriegsanleihe, Bab. Pfänd. Knt., do. cont., Bayern, Württemberg, and various exchange rates.



Stammwollspinnerei Wollw. Tünn. Blücher glausf. Sankt-Karlsruhe. KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN.

Forstamt Calmbach. Nadelholz-Stangen-Verkauf

im schriftlichen Auftrage aus Distrikten Eiberg, Heimenhardt und Rülbing: Fichten: 1184 Bauft. I.-III. Klasse, 693 Hagst. I.-III. Klasse, 1224 Hopfenstangen I. bis III. Klasse, 663 dergleichen IV. und V. Kl., 426 Rebst. I. Kl.; Tannen: 299 Bauft. I.-III. Kl., 185 Hagstangen I.-III. Klasse, 285 Hopfenstangen I.-III. Klasse, 212 dergleichen IV. und V. Klasse, 353 Rebsteden I. und II. Kl. Bedingungslose Angebote auf die einzelnen Lose, ausgedrückt in Mark und Pfennig für je 1 Stück jeder Klasse wollen unterzeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholz-Stangen“ bis spätestens

Mittwoch, den 8. Juni d. J., vorm. 11 Uhr, beim Forstamt eingereicht werden, wofolbst zu dieser Stunde deren Eröffnung und Entscheidung über den Zuschlag erfolgt. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion, G. f. D., in Stuttgart.

Für Maßgeschäfte, Modes, Schneider!

Großer Hängelspiegel mit Goldrahmen, poliertes Trumeau (gr. Spiegel), pol. eintr. Spiegelschrank, runder, weißer Sarderoberschädel, billige Flurgarderoben und anderes.

Schöttle, Pforzheim, Dillweinerstr. 18, Telefon 2165.

2 Einstellschweine, zwei Häffinnen, Leiterwägete

zu verkaufen. Sanngartenstr. 34.

Arnbach. Zwei junge Mutterchase,

ein- und zweijährig, zur Zucht oder zum Schlachten geeignet, hat zu verkaufen Friedrich Gauzhorn, Bauer.

Einige gute Milchziegen

sofort zu kaufen gesucht. Sanatorium Schömburg G. m. b. H., Schömburg bei Wildbad.

Neuenbürg. Sensen, Sichel, Wehsteine, Wörbe, Dengelgeschirr, Heugabeln, Dünggabeln, Henrechen, Gartengeräte, Gießkannen

bringt in empfehlende Erinnerung Theodor Weiss, Inhaber: Martin Lutz.

Neuenbürg. Verloren

ging gestern von der Hofzeimer Straße bis zur Apotheke 1 Zehnfingerringe Abzugeben gegen Belohnung in der alten Hofzeimerstraße 19.

Arnbach. Ein Paar Läufer-Schweine

hat zu verkaufen Friedrich Andler.

Kapfenhardt. Ein hartes Läufer-Schwein,

unter zwei die Wahl, hat zu verkaufen Jakob Burthardt, Solbarbrüder.

Birkenfeld. 1,3 Enten,

1920er, sowie einige 6 Wochen alte

Milchschweine

sind zu verkaufen; daselbst wird ein fetter, weißer

Hut

abgegeben. Kirchstraße 9, Laden. Bestellungen auf Stempel jeder Art nimmt entgegen G. Nech'sche Buchdruckerei, Joh. D. Strom.

Kirchenchor Neuenbürg. Donnerstag ab 7 1/2 Uhr. Besprechung und Singen. Rückgabe der Bücher. Mitglieder willkommen.

Neuenbürg. Junge Frau sucht für paar Stunden im Tag

Beschäftigung

(Mitarbeit im Haushalt, sorgungen etc.) Zu erfragen in der „Enzler“-Geschäftsstelle.

Langholzwagen

einer bereits ganz neu, eignet zu Platzwagen für Mühlen, verkauft billigst. Fritz Volk

Neuenbürg. Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 4. Juni 1921

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus „Maler“ in Neuenbürg freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen. Wilhelm Hagenbuch, Emilie Schmid. Kirchgang 12 Uhr.

Biesfeldberg-Kapfenhardt. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 4. Juni 1921

Hochzeitsfeier

im Gasthaus „Mühle“ in Kapfenhardt freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung anzunehmen zu wollen. Eugen Münch, Sohn des Kapfenhardtbesizers Fr. Münch, Biesfeldberg. Pauline Stahl, Tochter des Kapfenhardtbesizers J. Stahl, Kapfenhardt. Kirchgang 11 Uhr in Langenbrand.

Dr. Brinkmann, Augenarzt aus Pforzheim,

ist jeden Samstag Nachmittag von 5-6 Uhr im Katharinenstift in Wildbad zu sprechen.

Dr. Roth, Facharzt für Hals-, Nas- und Ohrenkrankheiten.

Pforzheim, Bahnhofplatz 31, hält jeden Samstag Nachmittag von 3-4 Uhr Sprechstunde in Wildbad, Katharinenstift, ab.

Unterreichenbach. Ia. Mais, Ia. Maismehl, Ia. Haferschalenmelasse

in jedem Quantum. Gebr. Schlanderer, Telefon 2.

Vertical text on the right edge of the page, including page number 125 and various small notices.